

Zusammenfassung

Diese Diplomarbeit befasst sich mit dem ehelichen Güterrecht; einem Thema, das sowohl für den Alltag der Ehegatten wichtig ist, als auch für diejenigen, die mit einer verheirateten Person rechtlich handeln. Die Arbeit richtet sich vor allem auf den Vergleich der gegenwärtigen rechtlichen Regelung, am 1. 1. 2014 in Kraft getreten, mit der vorherigen Rechtsregelung.

Diese Arbeit besteht aus drei Teilen, die in Kapitel unterteilt werden, sowie aus der Einleitung und der Schlussfolgerung.

Der erste Teil behandelt die historische Entwicklung der rechtlichen Regelung der Vermögensbeziehungen zwischen Ehegatten auf unserem Rechtsgebiet seit der Gültigkeit des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vom Jahr 1811, über das Gesetz über Familienrecht vom Jahr 1949, bis zum bürgerlichen Gesetzbuch vom Jahr 1964, wirksam bis 31. 12. 2013.

Der zweite, zugleich wichtigste und umfangreichste Teil analysiert ausführlich das eheliche Güterrecht im bürgerlichen Gesetzbuch vom Jahr 2012, das mit dem 1. 1. 2014 in Kraft getreten ist. Die einzelnen Kapitel befassen sich mit der Gütergemeinschaft einerseits was Entstehung, Auflösung, Vergleich und Schutz dritter Personen betrifft, andererseits was die Regelungen betrifft, denen sie sowohl vom Umfang als auch verwaltungsrechtlich unterliegen kann. Diese sind: die gesetzliche Regelung, die vereinbarte Regelung und die Regelung auf Grund gerichtlicher Entscheidung. Neben der Gütergemeinschaft werden in diesem Teil auch weitere Themen behandelt: die gewöhnliche Ausstattung des Familienhaushalts, das Wohnen der Ehegatten und Schutz vor häuslicher Gewalt.

Der dritte Teil ist der Rechtsregelung der Vermögensbeziehungen zwischen Ehegatten in Österreich gewidmet, wo das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom Jahr 1811 nach wie vor gültig ist, und ihrem Vergleich mit dem bürgerlichen Gesetzbuch vom Jahr 2012.

Die rechtliche Regelung der Vermögensbeziehungen zwischen Ehegatten von 2012 setzt die vorherige weitgehend fort, ist aber wesentlich ausführlicher und eine Reihe von Fragen, die vorher die gerichtliche Judikatur beantwortet hat, werden jetzt ausdrücklich gesetzlich festgelegt. Diese Diplomarbeit zeigt Änderungen auf, die das bürgerliche Gesetzbuch vom Jahr 2012 mitgebracht hat, entdeckt einige Mängel der gegenwärtigen Rechtsregelung und schlägt ihre Lösung de lege ferenda vor.